

## A1 Vorschlag zur Tagesordnung

Antragsteller\*in: Bodo Byszio

- 1 TOP 1 Begrüßung
- 2 TOP 2 Formalia
- 3 TOP 3 Bericht des Vorstands
- 4 TOP 4 Vorstellung des Programmentwurfs und Diskussion
- 5 TOP 5 Abstimmung
- 6 TOP 6 Sonstiges

## W01 W01 - Präambel

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau  
Beschlussdatum: 09.06.2015

1 Spandau ist ein wunderschöner und vielfältiger Bezirk am Rande Berlins, der sich  
2 eine gewisse Eigenständigkeit und Eigenwilligkeit bewahrt hat. Trotz der großen  
3 Ausdehnung gehört Spandau mit über 230.000 Einwohner\*innen zu den kleineren  
4 Bezirken der Hauptstadt.

5 Wir haben die Alt- und die Neustadt, die Hochhaussiedlungen in Staaken und im  
6 Falkenhagener Feld, aber auch die Gatower Rieselfelder, den Stadtforst und die  
7 Zitadelle. Spandau ist bunt! Der Bezirk ist geprägt von seinen Menschen mit  
8 ihren unterschiedlichen Biographien, Herkünften und Erfahrungen. Für uns alle  
9 ist Spandau zuhause. Dieser Reichtum an Erfahrungen und Fähigkeiten macht  
10 Spandau aus. Er ist kein Ballast sondern eine Ressource.

11 Unser grünes Bezirkswahlprogramm für Spandau soll die Chancen aufzeigen, die  
12 unsere Partei für die kommenden Jahre gemeinsam mit allen Bürgerinnen und  
13 Bürgern aus dem Bezirk ergreifen möchte, um Spandau die Zukunft zu ermöglichen,  
14 die es verdient. Wir wollen aus dieser Wahl gestärkt hervorgehen, um unsere  
15 Konzepte noch besser in die Bezirksverordnetenversammlung und die Öffentlichkeit  
16 tragen zu können. Unser Wahlprogramm ist ein Angebot an Sie: Wir bitten Sie um  
17 ihre Stellungnahme und laden Sie ein, zu allen Bausteinen Ihre eigenen Gedanken  
18 in unsere weiteren Beratungen einzubringen. Sprechen Sie uns an oder schreiben  
19 Sie uns eine Email. Natürlich können Sie auch bei uns mitmachen, unsere  
20 Sitzungen sind öffentlich!

21 Wir möchten Spandau gemeinsam mit Ihnen gestalten, seine reichen Naturschätze  
22 bewahren, den sozialen Zusammenhalt stärken und eine nachhaltige  
23 Wirtschaftsentwicklung fördern.

24 Das sind unsere großen Ziele. In der Bezirksverordnetenversammlung werden wir  
25 uns weiterhin beharrlich und engagiert hierfür einsetzen.

## W02 W02 - Reihenfolge der Kapitel

Antragsteller\*in: Bodo Byszio

- 1 Präambel
- 2 Bürger\*innenbeteiligung
- 3 Willkommen in Spandau: Für eine offene Gesellschaft
- 4 Starke Familien
- 5 Bildung
- 6 Inklusion
- 7 Familie ist da, wo Verantwortung ist: Für eine offene Gesellschaft
- 8 Soziale Gerechtigkeit
- 9 Gesundheit
- 10 Natur
- 11 Klimaschutz
- 12 Energie
- 13 Stadtentwicklung
- 14 Verkehr und urbane Mobilität
- 15 Wohnen, Bauen, Miete
- 16 Wirtschaft
- 17 Verlässliche Verwaltung - Zukunftsfeste Finanzen
- 18 Netzpolitik
- 19 Kultur und Erinnerung
- 20 Sport

## W03 W03-Bürger\*innenbeteiligung

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Politikverdrossenheit, Parteiendiktatur, Lügenpresse, Wutbürger - „die da oben“  
2 wirtschaften ohnehin nur in die eigene Tasche und agieren nicht im Interesse der  
3 Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn es Einzelfälle geben mag, die diesen Eindruck  
4 erwecken mögen, entspricht das der tatsächlichen Wirklichkeit? Und wie kann die  
5 Gefahr, dass sich solche Strukturen verselbständigen, vermindert werden? In  
6 unserem Bezirk leben viele Menschen, die sich einmischen und das bezirkliche  
7 Umfeld mitgestalten wollen. Diese Menschen mit ihren vielfältigen Erfahrungen und  
8 ihrem reichhaltigen Wissen in die Bezirkspolitik und in die Arbeit der  
9 Fachgremien einzubeziehen, alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen und  
10 Nöten ernst zu nehmen - das ist kein Ziel, sondern Grundlage grüner Politik.

11 Deshalb unterstützen wir auch die Berliner Open Data Strategie, weil die  
12 Voraussetzung für jede Form der Bürger\*innenbeteiligung ein offener Zugang zu  
13 relevanten Informationen ist.

14 Direkte Methoden der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie wie die  
15 Generationen-BVV und der Bürgerhaushalt, sollen ausgeweitet und besser  
16 bekanntgemacht werden. Bei Eingaben und Beschwerden darf die Beratung und  
17 Beschlussfassung nur in Anwesenheit beider Seiten stattfinden.

18 Die bezirklichen Beauftragten leisten wertvolle Arbeit und garantieren einen  
19 bürgernahen Umgang, sie sind deshalb stärker in die Arbeit der BVV  
20 einzubeziehen, z. B. durch Rederecht in den jeweiligen Ausschüssen und  
21 obligatorische Anhörung vor der Beschlussfassung über Themen, die in ihrem  
22 Aufgabenbereich liegen.

23 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 24 • Setzt sich dafür ein, dass das Bezirksamt in Zukunft mehr Informationen  
25 und Pläne im Netz zur Verfügung stellt
- 26 • Will die bestehenden Möglichkeiten der Bürger\*innenbeteiligung wie  
27 Einwohner\*innenanträge und bezirkliche Volksbegehren stärker bekannt  
28 machen
- 29 • Befürwortet, dass die Auswahl der bezirklichen Beauftragten (Ausländer-,  
30 Frauen-, Senioren- und Behindertenbeauftragte) in Abstimmung mit den  
31 jeweils Betroffenen erfolgt und spricht sich für eine personelle und  
32 finanzielle Stärkung des Amtes des Senioren- und Behindertenbeauftragten  
33 aus
- 34 • Stärkt die Kompetenzen der bezirklichen Beiräte für Migration und  
35 Integration, Frauen, Menschen mit Behinderungen und der Seniorenvertretung
- 36 • Fordert ein Anhörungsrecht der Petenten im Ausschuss für Eingaben und  
37 Beschwerden
- 38 • Fördert „Runde Tische“ und Stadtteilinitiativen als wichtige Form der  
39 Bürger\*innenbeteiligung in den Kiezen

## W04 W04 - Willkommen in Spandau: Für eine offene Gesellschaft

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Im Jahr 2015 sind weltweit so viele Menschen auf der Flucht gewesen wie zuletzt  
2 nach dem zweiten Weltkrieg. Viele Menschen sind auch nach Spandau gekommen. Sie  
3 wurden hier mit viel Empathie großer Herzlichkeit empfangen. Ob vor dem  
4 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, in der Schmid-Knobelsdorf-Kaserne oder  
5 in der Notunterkunft Mertensstraße: Ohne das beherzte Zupacken der  
6 Zivilgesellschaft und der vielen Ehrenamtlichen wäre in der angespannten  
7 Situation im letzten Jahr vieles sicherlich nicht so glimpflich verlaufen. Die  
8 Spandauer\*innen haben die Problemlage erkannt, und es nicht gescheut, an den  
9 Stellen Verantwortung zu übernehmen, an denen der Senat sich überfordert gezeigt  
10 hat.

11 Zwischenzeitlich hat sich die Situation hier vor Ort entspannt. Aber von  
12 Entwarnung kann keine Rede sein: Viele weltpolitische Konflikte sind weiterhin  
13 ungelöst, die politische Großwetterlage vor Europas Haustür bleibt angespannt.  
14 In Spandau können wir diese Konflikte nicht lösen. Umso wichtiger ist es, dass  
15 wir die Herausforderung der Integration geflüchteter Menschen in unserem Bezirk  
16 gemeinsam und solidarisch meistern.

17 Wer in Spandau Grün wählt:

- 18 • Setzt sich für eine zentrale Informationsstelle rund um das Thema  
19 Integration auf bezirklicher Ebene ein
- 20 • Hält es für erforderlich, dass die Organisationsstruktur des Jobcenters  
21 dringend dahingehend überprüft werden muss, ob sie für die  
22 Herausforderungen der Integration ausreichend gerüstet ist
- 23 • Findet, dass alle Kinder ab dem 1. Tag schnell und unbürokratisch  
24 Schulunterricht bekommen müssen, in der Regel in Willkommensklassen,  
25 notfalls aber auch kurzfristig in den Notunterkünften
- 26 • Lehnt Notlösungen und Massenunterkünfte für Geflüchtete ab und sieht als  
27 oberste Priorität die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für alle, die ihn  
28 benötigen
- 29 • Zieht bis dahin die Errichtung von modularen Unterbringungseinheiten für  
30 Geflüchtete der Unterbringung in provisorischen Massenunterkünften vor und  
31 möchte, dass dabei die besonderen Bedürfnisse von Frauen, Kindern und  
32 denen besonders schutzbedürftiger Geflüchteter berücksichtigt werden

## W05 W05 - Starke Familien

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Spandau ist nach Pankow und Marzahn-Hellersdorf der Berliner Bezirk mit dem  
2 höchsten Anteil an Kindern und Jugendlichen. Eine familien-, kinder- und  
3 jugendfreundliche Infrastruktur ist deshalb nicht nur ein „nice to have“,  
4 sondern wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des Bezirks. Dazu gehören  
5 ausreichend viele Kitaplätze, deren Planung nach Möglichkeit 105% des aktuell  
6 benötigten Bedarfs abdecken sollte, um auch allen zukünftig neu hinzuziehenden  
7 Kindern eine Tagesbetreuung zu ermöglichen. Kinder brauchen neben einer  
8 verlässlichen Kinderbetreuung auch Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung.  
9 Einrichtung, Pflege und Erhalt öffentlicher Kinderspielplätze als Orte der  
10 Begegnung gehören zu den bezirklichen Basisaufgaben.

11 Ebenso der Erhalt der bestehenden Jugendfreizeiteinrichtungen, die in der  
12 momentan bestehenden Anzahl an Jugendfreizeiteinrichtungen sowie der  
13 Jugendgeschichtswerkstatt und der Jugendkulturwerkstatt als Mindestausstattung  
14 für Spandau von der BVV beschlossen werden sollte. Darüberhinaus müssen in einem  
15 wachsenden Bezirk wie Spandau neue Einrichtungen entstehen und die bestehenden  
16 ausreichend ausgestattet, die Arbeit der Ehrenamtlichen in Jugendorganisationen,  
17 -initiativen und Kirchengemeinden unterstützt werden. Hierfür werden wir uns im  
18 Bezirk, aber auch auf Landesebene einsetzen. Zusätzlich werden wir uns für ein  
19 Konzept zur einfachen und niedrigschwelligen Nutzung der bezirklichen  
20 Jugendfreizeit-/Jugendhilfeeinrichtungen durch geflüchtete junge Menschen  
21 einsetzen. Die Einrichtung eines Familienbüros würde es den Eltern erleichtern,  
22 sämtliche familienrelevanten Behördengänge (z. B. Anträge auf Elterngeld,  
23 Kitaplatzgutscheine, Wohngeldanträge) an einem Ort erledigen zu können und  
24 optimal beraten zu werden. Auch die Ausstattung des Jugendamtes muss den  
25 Anforderungen eines wachsenden Bezirks gerecht werden und die Bedarfe der  
26 Kinder, Jugendlichen, Familien, Eltern und Alleinerziehenden decken können.  
27 Insbesondere ist der „Regionale Sozialpädagogische Dienst (RSD)“ personell zu  
28 entlasten. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in die  
29 zukünftige Gestaltung Spandaus eingebunden und an allen sie betreffenden  
30 Entscheidungen weiterhin aktiv beteiligt werden (z. B. Spielplatzgestaltung,  
31 Schulgestaltung). Kinder und Jugendliche sollen durch ein geeignetes Verfahren  
32 direktes Rede- und Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss und der BVV erhalten.  
33 „Geeignete Verfahren“ können ein Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro, ein Kinder-  
34 und Jugendparlament oder ein selbstentwickeltes Interessenvertretungsgremium  
35 sein.

36 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 37 • Setzt sich für eine verlässliche Kitaplatzplanung ein und möchte  
38 Kinderbetreuungsplätzen an den Stellen schaffen, wo sie benötigt werden.
- 39 • Möchte eine gute Versorgung aller Ortsteile mit attraktiven Spielplätzen  
40 und Jugendfreizeiteinrichtungen.
- 41 • Findet die Einrichtung eines Familienbüros gut
- 42 • Wünscht eine gute Ausstattung des Jugendamts
- 43 • Möchte Kinder und Jugendliche direkt an der bezirklichen Planung  
44 beteiligen

## W06 W06 - Bildung

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Das Bundesministerium für Bildung und Forschung stellt klipp und klar fest:  
2 „Bildung eröffnet Perspektiven. Sie ermöglicht es jedem Einzelnen, seine Talente  
3 zu entfalten. Bildung ist der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe, sozialen  
4 Aufstieg und ein erfülltes Leben.“

5 Spandau, Neukölln und Mitte haben hier den höchsten Nachholbedarf, in keinem  
6 anderen Bezirk gibt es laut Sozialbericht Berlin-Brandenburg mehr  
7 Einwohner\*innen mit niedrigem Bildungsstand. Aber auch beim Abi-Schnitt belegt  
8 Spandau berlinweit den letzten Platz. Diese Situation wird sich zukünftig  
9 bestimmt nicht ganz von allein verbessern.

10 Jeder Mensch hat das Recht auf bestmögliche Bildung. Eine gute schulische  
11 Infrastruktur ist dafür unerlässlich, aber auch gut funktionierende  
12 außerschulische Bildungsangebote wie Volkshochschulen, Musikschulen,  
13 Jugendverbände/-freizeiteinrichtungen und Bibliotheken tragen dazu bei.

14 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 15 • Möchte die finanziellen Mittel für die Unterhaltung der Schulgebäude  
16 deutlich erhöhen, um den jahrelangen Sanierungsrückstau endlich abzubauen.  
17 Unsere Kinder sollen sich in ihren Schulen wieder wohlfühlen
- 18 • Hält eine verlässliche und vorausschauende Schulplatzplanung für  
19 unerlässlich, um auch in Zukunft ausreichend Schulplätze für alle  
20 Spandauer Schüler\*innen sicherzustellen
- 21 • Findet es gut, auch außerschulische Bildungsangebote zu fördern
- 22 • Möchte die Vielfalt der Grundschulen erhalten mit dem Ziel, bis zum 6.  
23 Schuljahr attraktiv zu bleiben
- 24 • Sieht in der Inklusion den richtigen Weg für den optimalen Lernerfolg
- 25 • Ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von der finanziellen  
26 Leistungskraft der Eltern die Teilnahme an gesundem und ausgewogenem  
27 Schulesen, bei dem nach Möglichkeit spezifische Wünsche der Schülerinnen  
28 und Schüler berücksichtigt werden
- 29 • Begrüßt die gute, nachfrageorientierte Ausstattung der Stadtbücherei mit  
30 Medieneinheiten und Personal zur Beratung und das Entstehen eines „Mini-  
31 Campus“ mit dem Umzug der VHS in das ehemalige Haus der Gesundheit
- 32 • Stört sich daran, dass Spandau vom Hochschulbetrieb weitgehend abgekoppelt  
33 ist und wünscht sich, dass ihr/sein Bezirk zukünftig als Standort einer  
34 wissenschaftlichen Einrichtung berücksichtigt wird

## W07 W07 - Inklusion

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 In Berlin gibt es derzeit 21 Schulen, in denen inklusiver Unterricht erprobt  
2 wird. Eine Schule aus Spandau sucht man hier momentan vergebens. In den letzten  
3 Jahren wurden zwar große Anstrengungen unternommen, die UN-  
4 Behindertenrechtskonvention umzusetzen. So sank in Berlin die Zahl der  
5 Schülerinnen und Schüler, die in separaten „Förderschulen“ unterrichtet werden,  
6 zugunsten eines inklusiven Unterrichts massiv - um über 20%. In Spandau war die  
7 Entwicklung leider gegenläufig. Besuchten 2010 noch 423 Schülerinnen und Schüler  
8 eine Förderschule stieg diese Zahl 2015 sogar auf 447. Spandau ist damit der  
9 einzige Bezirk mit steigenden Schülerzahlen in Förderschulen. Immerhin wurde  
10 jetzt die Schule am Grüngürtel als inklusive Schwerpunktschule ausgewählt,  
11 „inklusive Unterricht“ wird zukünftig auch in Spandau kein Fremdwort mehr sein.  
12 Inklusion kann aber nur dann gelingen, wenn ausreichend Lehrpersonal zur  
13 Verfügung steht. Mit dem Aktionsplan Spandau inklusiv, der alljährlich vorgelegt  
14 wird, existiert ein konkretes Arbeitspapier, das weitere Verbesserungen  
15 vorsieht. Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger und aller politisch aktiven  
16 Menschen wird sein, die Umsetzung dieses Plans zu begleiten und die  
17 entsprechenden Maßnahmen einzufordern, mit dem Ziel, Barrieren abzubauen.

18 Inklusion nutzt am Ende allen

19 Aber Inklusion hilft nicht nur Menschen mit Behinderung. So profitieren z. B.  
20 vom Bau neuer Aufzüge viele Menschen, ob mit Rollstuhl, Rollator, Gehhilfe,  
21 Gepäck oder Kinderwagen.

22 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 23 • Steht dafür ein, dass alle Menschen gleiche Rechte haben. Das gleiche  
24 Recht zu arbeiten, Kontakt mit anderen zu haben und Freizeit zu genießen
- 25 • Fördert und fordert die Einführung inklusiver Schulen, weil die Ergebnisse  
26 aller Untersuchungen belegen, dass damit Lernerfolg und Sozialverhalten  
27 aller Schülerinnen und Schüler, ob behindert oder nicht behindert, positiv  
28 beeinflusst wird
- 29 • Wünscht, dass der Zugang zu wesentlichen Informationen des Bezirksamts  
30 auch in einfacher Sprache angeboten wird

## W08 W08 - Familie ist da, wo Verantwortung ist: Für eine offene Gesellschaft

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

- 1 Wenn der Bezirksbürgermeister einmal im Jahr die Regenbogenfahne hisst, ist das  
2 ein wichtiges Signal, es reicht aber nicht aus. Wer heute nach „queer“ sucht,  
3 wird im offiziellen Angebot nichts finden, 5 Jahre rot-grüne Zählgemeinschaft  
4 haben daran nichts ändern können. Die „Queere Community“ in Spandau ist wenig  
5 präsent, es gibt keine Beratungsstellen, die explizit dafür zuständig sind. Und  
6 speziell jungen Menschen, die von den genormten Lebensmodellen abweichen, kann  
7 der einfache Zugang zu Hilfe und Beratung von großer Bedeutung sein.  
8 Geschlechterrollen werden früh ausgeprägt, Kita und Schule spielen dabei eine  
9 nicht unwesentliche Rolle. Umso wichtiger, dass sich die Erzieher\*innen und die  
10 Lehrer\*innen dessen bewusst sind und „anders tickende“ junge Menschen nicht in  
11 vorgefertigte weiblich/männlich-Strukturen pressen. Auch dann nicht, wenn der  
12 Druck durch weniger aufgeklärte Kinder, Jugendlicher und Eltern, die z. B. aus  
13 ganz anderen Kulturkreisen stammen, besonders groß ist.
- 14 Wer in Spandau GRÜN wählt:
- 15 • Befürwortet eine Politik, die die Autonomie über Angelegenheiten des  
16 persönlichen Lebens wahrt, jegliche Form der geschlechtlichen und  
17 sexuellen Identität achtet und fördert
  - 18 • Wünscht sichtbare Beratungsstellen, die jungen Menschen bei persönlichen  
19 Fragen und Unsicherheiten mit Rat und Tat zur Seite stehen

## W09 W09 - Soziale Gerechtigkeit

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Armut, Langzeitarbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse betreffen  
2 Spandau in ganz besondere Maß. Innerhalb der letzten 5 Jahre hat sich die  
3 Situation deutlich verschlechtert. Waren 2011 noch 16,2% der Spandauerinnen und  
4 Spandauer armutsgefährdet (Platz 9) sind es 2015 bereits 18,6% (Platz 11)<sup>1</sup>.  
5 Knapp jeder Vierte (22,8%) ist mittlerweile auf Leistungen aus dem  
6 Mindestsicherungssystem angewiesen (ALG II etc.).Im Bereich der  
7 Langzeiterwerbslosigkeit liegt Spandau sogar an der traurigen Spitze und konnte  
8 nicht im gleichen Maß von der im Vergleich zu 2011 deutlich günstigeren  
9 Beschäftigungssituation profitieren. Auch wenn Arbeitslosengeld II und  
10 Grundsicherung bundesgesetzlich geregelt sind, sind wir gefordert, die  
11 Lebenssituation der Menschen, die davon abhängig sind, durch unser solidarisches  
12 Handeln vor Ort zu verbessern.

13 Jeder Mensch muss sich darauf verlassen können, dass ihm im Bedarfsfall geholfen  
14 wird. Schnell, unbürokratisch und existenzsichernd. Wo kann Menschen besser  
15 geholfen werden, als in ihrem eigenen Lebensumfeld, ihrem Kiez? Die  
16 unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen prägen das Miteinander in der  
17 Nachbarschaft. Hier muss die Infrastruktur stimmen. Hier sollen Beratungs- und  
18 Hilfsangebote bereitgestellt werden, hier findet Nachbarschafts- und Selbsthilfe  
19 statt.

20 Zu häufig laufen hilfeschuchende Menschen von Amt zu Amt, um die passende  
21 Unterstützung zu finden. Wir setzen auf Sozialraumorientierung. Das ist Hilfe  
22 zur Selbsthilfe unter Nutzung der eigenen Möglichkeiten sowie des  
23 nachbarschaftlichen Umfeldes. Die Menschen bekommen auf ihre Lebenslage  
24 zugeschnittene Hilfestellung aus einer Hand. Unser Ziel ist es, jeden Menschen  
25 in die Lage zu versetzen, die eigenen Fähigkeiten und Lebenschancen zu entfalten  
26 und den dafür notwendigen Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Gelingt dies  
27 nicht, müssen Hilfsangebote bereitgestellt werden, die für die Menschen  
28 existenzsichernd sind.

29 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 30 • Möchte Hilfsangebote direkt im Wohnumfeld
- 31 • Begrüßt und fördert Nachbarschafts- und Selbsthilfe
- 32 • Gibt einer ausgewogenen sozialen Mischung den Vorzug vor Gettoisierung

33 <sup>1</sup> Sozialbericht 2011 und 2015

## W10 W10 - Gesundheit

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Spandau ist spitze - in keinem anderen Berliner Bezirk sterben mehr Menschen,  
2 bezogen auf die Einwohnerzahl. Auch wenn die Gründe dafür vielfältig sind,  
3 sinnvolle Präventionsmaßnahmen sind eine der effektivsten Möglichkeiten, für  
4 mehr Lebensqualität zu sorgen. Ob Suchtberatung, Vorsorgeuntersuchungen bei  
5 Kleinkindern oder Impfkampagnen, diese Maßnahmen helfen den Bürgerinnen und  
6 Bürgern direkt und ohne Umwege.

7 Vorbeugen ist besser als Heilen

8 Spandau verfügt über leistungsfähige Zentren moderner, auch und gerade nicht-  
9 nur-apparativer Medizin. Die flächendeckende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung  
10 muss aufrechterhalten werden, neue Ansätze, die über den reinen  
11 "Reparaturbetrieb" hinausgehen, sollen explizit gefördert werden.

12 Dass der Bezirk im Rahmen seiner Möglichkeiten gesundheitsschädigende Emissionen  
13 wie Lärm, Feinstaub etc. verringert und bei neuen Bauprojekten von vornherein so  
14 gering wie möglich hält, ist ein wichtiges Anliegen unserer Politik.

15 Die Posse um die Eröffnung des Flughafens BER hat für Spandau erhebliche  
16 Auswirkungen, bleibt doch solange TXL auf mehr oder weniger unabsehbare Zeit in  
17 Betrieb und es ändert sich rein gar nichts an der gesundheitsschädigenden  
18 Belastung durch Fluglärm. Wobei „rein gar nichts“ nicht ganz stimmt, stattdessen  
19 hat sich in den letzten 10 Jahren die Zahl der Flugbewegungen erheblich erhöht  
20 und die Flughafengesellschaft wirbt unverdrossen mit Sonderkonditionen neue  
21 Fluggesellschaften an, natürlich mit Rückendeckung der Regierungskoalition.  
22 Deren Sonntagsreden und die Beteuerung, an der Schließung von Tegel  
23 festzuhalten, helfen gar nichts, wenn der BER überhaupt nicht eröffnet wird.  
24 Deshalb müssen jetzt die Fluglärmvorgaben umgesetzt werden, 10 Jahre  
25 „Übergangszeit“ sind 10 Jahre zuviel. Solange TXL in Betrieb bleibt, muss die  
26 Zahl der Starts und Landungen auf 20 pro Stunde begrenzt werden und den  
27 besonders lauten Maschinen, vor allem des Typs A330, die in immer größerer  
28 Anzahl zum Einsatz kommen, ist die Start- und Landegenehmigung zu entziehen. Die  
29 Gesundheit hat Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der  
30 Flughafengesellschaft und deren Eigentümer, das Land Berlin.

31 Wer in Spanau GRÜN wählt:

- 32 • Wünscht sich eine aktive Präventionskultur
- 33 • Will gesundheitsschädigende Emissionen so gering wie möglich halten, egal  
34 ob Feinstaub oder Fluglärm
- 35 • Setzt sich ein für den Erhalt und Förderung vielfältiger  
36 Gesundheitsstrukturen
- 37 • Unterstützt die Forderung nach einem landesweiten Asbestregister

## W11 W11 - Natur

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Über ein Drittel der Fläche Spandaus ist von Grünanlagen, Wäldern und Forsten,  
2 Wiesen, Feuchtgebieten und Mooren sowie landwirtschaftlich genutzte Felder  
3 bedeckt. Diese Gebiete zu pflegen und zu schützen sind eines der Ziele  
4 bündnisgrüner Umwelt- und Naturschutzpolitik im Bezirk.

5 Schutz unserer Grünanlagen und Straßenbäume

6 In den wohnortnaher Grünflächen, Parkanlagen und Grünzügen muss die ökologische  
7 Vielfalt eine Chance haben. Die Mahd der Wiesenflächen ist so auszurichten, dass  
8 Wiesenpflanzen sich vermehren und ihre Funktion als Lebensraum und  
9 Nahrungsquelle, u. a. für Insekten und Vögel, erfüllen können.

10 Grünanlagen und Spielplätze können nur dann ihre wichtige Naherholungsfunktion  
11 wahrnehmen, wenn diese sauber und im funktionsfähigen Zustand erhalten werden.  
12 Dafür sind seitens des Lands Berlin ausreichende finanzielle Mittel zur  
13 Verfügung zu stellen, es darf nicht sein, dass marode Spielgeräte monatelang  
14 abgesperrt werden, nur weil Geld für die Sanierung fehlt. Die Einrichtung und  
15 der Unterhalt von öffentlichen WCs in stark frequentierten Grünanlagen und in  
16 der Nähe von Spielplätzen ist wünschenswert. Natürlich werden Grünanlagen  
17 unterschiedlich genutzt. Weshalb sollte es nicht auch in Spandau regulär  
18 ausgewiesene, sorgsam ausgewählte Flächen geben, auf denen gegrillt werden darf?

19 Nicht allein aus Lärmschutzgründen - 115 dB(A)! - sollten Laubbläser im Keller  
20 oder auf dem Bauhof bleiben, wird mit diesen Monstern doch nicht nur Laub  
21 umsortiert, sondern auch der Straßen-Feinstaub erst so richtig auf die Bronchien  
22 und Lungen der Anwohner verteilt. Straßenbäume sind gut für das Stadtklima und  
23 leere Baumscheiben sehen nach Neubepflanzung mit standortgerechten,  
24 allergiearmen Straßenbäumen nicht nur einfach besser aus, sondern tragen zum  
25 besseren Stadtklima bei.

26 Naturschutz im Bezirk

27 Die Wald- und Freiflächen Spandaus sind berlinweit von ökologischen Bedeutung.  
28 Die Wiesenlandschaft bietet Lebensraum für seltene, geschützte Tier- und  
29 Pflanzenarten, die auf diesen Lebensraum angewiesen sind. Wir setzen uns dafür  
30 ein, dass die im Eigentum des Bundes befindlichen Flächen rund um den ehemaligen  
31 Flughafen Gatow dem Bezirk zum Erhalt und zur Pflege inklusive einer adäquaten  
32 Finanzierung übergeben werden. Eine naturnahe Befestigung von Wegen halten wir  
33 dabei für akzeptabel. Ein ökologisches Juwel wie die Gatower Wiesen muss für die  
34 Bürger\*innen erlebbar sein, die vorliegenden Pläne zur Gestaltung eines  
35 Landschaftsparks Gatow sind abzulehnen. Die Rieselfelder müssen in der jetzigen  
36 Form erhalten bleiben und unter ökologischem Gesichtspunkt weiterentwickelt  
37 werden. Landwirtschaft soll dauerhaft betrieben werden können, der Naturschutz-  
38 und die speziell geschützten FFH-Gebiete in Spandau (Fort Hahneberg, Spandauer  
39 Forst und Zitadelle) dürfen durch den zunehmenden Bebauungsdruck nicht  
40 beeinträchtigt werden. Bei der Ausweisung neuer Wohngebiete muss hierauf  
41 besonders geachtet und der Natur- und Artenschutz berücksichtigt werden. Dies  
42 gilt in besonderem Maß auch für den Biber, der in Spandau mehrere Reviere wieder  
43 besiedelt hat und dringend spezieller Schutzmaßnahmen bedarf.

44 Ein besonderes Kleinod ist der Spandauer Forst, der eine große Vielfalt von  
45 Biotopen enthält, ein wertvolles Gebiet für unsere Trinkwassergewinnung  
46 darstellt und dank der Artenvielfalt von herausragender Bedeutung für die  
47 Naherholung ist. Der Bezirk soll die zuständige Forstverwaltung „Berliner  
48 Forsten“ darin unterstützen, im Zweifelsfall sanfte, umweltschonende  
49 Arbeitsverfahren einzusetzen und der ökologischen und nicht der ökonomischen  
50 Bewirtschaftungsmaßnahme den Vorzug zu geben, z. B. durch Verzicht auf  
51 „Holzvollernter“. Nachhaltigkeit durch Bodenschutz, Totholzprogramm, Schutz  
52 alter Eichen/Baumbestände, Erhalt der Moore und Feuchtgebiete ist dabei  
53 wertvoller als das Heben kurzfristiger, rein wirtschaftlicher Vorteile.

54 Aber auch im stadtnahen Bereich ist es wichtig, die ökologisch wertvollen  
55 Flächen, z. B. an der Zitadelle, vor Konzepten zu schützen, die z. B. das  
56 dortige Landschaftsschutzgebiet durch den Bau neuer Wege und Brücken oder dem  
57 Schlagen von Sichtachsen schädigen würden.

58 Verantwortung für Gewässer

59 Fast 10 % unseres Bezirks sind von Wasser bedeckt. Die Havel ist zwar Spandaus  
60 Lebensader, als Bundeswasserstraße aber gleichwohl stark belastet durch  
61 „schmutzigen“ Binnenverkehr, wobei ein Ende der gesundheitsschädigenden  
62 Emissionen nicht in Sicht ist. Als einzige Hoffnung bleibt, dass irgendwann auch  
63 in Berlin die Energiewende ankommt und endlich die vorsintflutlichen  
64 Kohlekraftwerke stillgelegt werden. Damit entfele auch ein erheblicher Teil des  
65 Binnenschiffverkehrs, der mit besonders schmutziger Uralt-Technik unterwegs ist,  
66 um (polnische) Kohle nach Spandau zu bringen. Diese wird dann im Kraftwerk  
67 Reuter in Strom und Dreck umgesetzt. Darunter sind auch mehr als 30 Kg  
68 Quecksilber pro Jahr, das entspricht übrigens der Menge, die in 15 Mio  
69 Energiesparlampen enthalten ist. Zahlreiche Seen dienen der Erholung und bieten  
70 Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Für die Einhaltung der EU-  
71 Wasserrahmenrichtlinie ist der Bezirk in der Verantwortung. Schilfflächen und  
72 naturnahe Land-Wasser-Übergänge sind für eine gute Wasserqualität unverzichtbar,  
73 naturnahe Ufer sind, wo immer möglich, Kanalisierungsvorhaben vorzuziehen.

74 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 75 • Wünscht konsequente Pflege und Schutz naturnaher Flächen, nach  
76 ökologischen Kriterien
- 77 • Sagt „Laubbläser nein danke“
- 78 • Will die Gatower Wiesen und alle anderen FFH-Gebiete in der bisherigen,  
79 naturnahen Form erhalten
- 80 • Steht auf „saubere“ Havel und naturnahe Wälder

## W12 W12 - Klimaschutz

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau  
Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Mit der Klimakonferenz in Paris ist es erstmals gelungen, verbindliche  
2 Klimaschutzmaßnahmen festzuschreiben. Das ist allerdings nur ein erster Schritt,  
3 die erforderlichen Maßnahmen müssen noch in die Wege geleitet werden. Dass wir  
4 noch lange nicht auf dem richtigen Weg sind, zeigt eine erste CO<sub>2</sub>-Ausstoß-Bilanz  
5 für 2015: nach 2014 ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland auch in 2015 erneut  
6 gestiegen.

7 Klimaschutz als globale Aufgabe erfordert auch den lokalen Beitrag Spandaus.  
8 Allein Reuter West emittiert über 3 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>, jedes Jahr. Mit dem  
9 Energie-Tisch Spandau und aktuell der Klimawerkstatt Spandau, kann Spandau auf  
10 erste lokale Klimaschutzprojekte zurückblicken; lokaler Klimaschutz ist  
11 machbar. An der Erfordernis des Klimaschutzes auch auf lokaler Ebene gibt es  
12 unter den seriösen WissenschaftlerInnen keinen Zweifel.

13 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 14 • Wünscht eine umgehende Bestandsaufnahme der CO<sub>2</sub> -Emissionen in Spandau
- 15 • Fordert die Schaffung der Stelle eines eines Klimaschutzreferenten
- 16 • Fordert die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes unter Leitung der  
17 Klimaschutzreferent\*in/Bezirksverwaltung und unter Einbeziehung der  
18 örtlichen Wirtschaft/örtlicher Nichtregierungsorganisationen
- 19 • Hilft mit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Spandau bis 2050 um 80% zu reduzieren gemäß  
20 der Forderungen des Intergovernmental Panel for Climate Change (IPCC )
- 21 • Findet es gut, wenn geeignete bezirkseigenen Gebäuden für den Aufbau von  
22 Photovoltaikalagen zur Verfügung gestellt werden
- 23 • Hält die Förderung von Projekten (z.B.: Fifty/Fifty) in Zusammenarbeit mit  
24 Schulen, um den Kindern und Jugendlichen klimaverantwortliches Verhalten  
25 nahezubringen, für unerlässlich
- 26 • Will die Dreckschleuder „Reuter“ lieber heute als morgen stilllegen

## W13 W13 - Energie

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 In Berlin wird viel über Klima- und Umweltschutz geredet, aber viel zu wenig  
2 dafür getan. Der große Nachholbedarf bei der Erneuerung öffentlicher Gebäude und  
3 der anstehende Neubau tausender Wohnungen in der Wasserstadt Spandau muss  
4 konsequent genutzt werden, um umwelt- und klimaverträgliche Investitionen zu  
5 tätigen. Dafür ist ein gestärktes Bezirksamt notwendig. Das Umweltamt soll zu  
6 einem Amt für Umweltschutz, Klimaschutz und Erneuerbare Energien ausgebaut  
7 werden, das diese Aufgaben fachkompetent erfüllen kann. Der Bezirk soll  
8 vorbildlich werden beim Energiesparen und der Nutzung Erneuerbarer Energien in  
9 bezirklichen Gebäuden. Die Dächer der öffentlichen Gebäude sollen Vereinen bzw.  
10 Genossenschaften oder dem neuen Grünen Klimastadtwerk für die Aufstellung von  
11 Solaranlagen zur Stromerzeugung angeboten werden.

12 Das Land Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 „klimaneutral“ zu  
13 werden. Das heißt, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss bis dahin drastisch reduziert werden.  
14 Die öffentlichen und privaten Gebäude müssen dazu energieeffizient saniert  
15 werden. Der verbleibende Energiebedarf muss spätestens ab 2050 im Wesentlichen  
16 aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden. Bei Neubauten der öffentlichen Hand  
17 wollen wir ab der Legislaturperiode 2016-2021 den Passivhausstandard erreichen,  
18 also einen sehr geringen Energiebedarf. Bei Modernisierungen öffentlicher  
19 Gebäude wollen wir den Niedrigenergiehausstandard erreichen (ca. 30 kWh  
20 Wärmebedarf je qm je Jahr Nutzfläche). Dabei setzen wir uns für Lösungen ein,  
21 die Baukultur und Denkmalschutz mit ökologischer Nachhaltigkeit verbinden (z.B.  
22 geringer Energiebedarf bei Strom, Wärme und Beleuchtung, wassersparende Technik,  
23 Reduzierung der Müllmengen). Bei der geltenden Energieeinsparverordnung des  
24 Bundes („EnEV“) ist eine bezirkliche stichprobenartige Prüfung bei Neubau und  
25 Modernisierung von Gebäuden sinnvoll. Diese Kontrollen finden bisher kaum statt.  
26 mit Klimakapitel abgleichen

27 In öffentlichen Gebäuden in Spandau, die nicht an das Fernwärmenetz  
28 angeschlossen sind, soll der Bezirk im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen  
29 dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen einsetzen. Dabei soll geprüft werden, ob  
30 mit den Anliegern wirtschaftliche Nahwärmenetze, also Energiepartnerschaften,  
31 gebildet werden können.

32 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 33 • Wünscht die Erweiterung des Umwelt- und Naturschutzamtes zu einem Amt für  
34 Umwelt- und Naturschutz und Erneuerbare Energien
- 35 • Fordert verbindliche ökologische und energetische Kriterien für private  
36 und öffentliche Neubauten und Modernisierungen
- 37 • Will, dass die Arbeit der Klimawerkstatt Spandau, die den Themen Energie,  
38 Klima, Ökologie bei Neubau und Modernisierung von Gebäuden eine neutrale  
39 Beratung anbietet, weiter gefördert wird

## W14 W14 - Stadtentwicklung

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Die ökologisch verträgliche und sozial gerechte Entwicklung des Bezirkes Spandau  
2 soll dazu beitragen, dass Berlin mit grüner Bau-, Wohnungs- und Stadtpolitik bis  
3 2050 klimaneutral wird. Gerade Großprojekte, wie der Bau von rund 3.000  
4 Wohnungen in der Wasserstadt durch die GEWOBA und WBM, müssen ökologisch und  
5 sozial zukunftsweisend umgesetzt werden. Einerseits sollten diese über die  
6 Vorgaben der Energieeinsparverordnung hinausgehen, andererseits wenigstens ein  
7 Drittel bei privaten Wohnvorhaben und die Hälfte bei öffentlichen Bauvorhaben  
8 mit günstigen Mieten vorsehen und neben Wohnungen auch soziale Begegnungsräume  
9 für ein lebenswertes Umfeld schaffen.

10 Die Um- und Wiedernutzung bereits bebauter Flächen hat Vorrang gegenüber der  
11 Inanspruchnahme von Grünflächen.

12 Wir wollen öffentliche Räume zu Orten der Begegnung und des Zusammenlebens  
13 machen. Lebensqualität entscheidet sich auf den Plätzen und Straßen, in Parks  
14 und auf Spielplätzen, in Jugend- und Kultureinrichtungen. Darunter verstehen wir  
15 unter anderem aktiven Denkmalschutz, gute Architektur und Stadtbildpflege. Die  
16 Altstadt muss weiter zu einem attraktiven Mittelpunkt Spandaus gemacht werden.  
17 Tagsüber „zum Shopping“ einzuladen ist wunderbar. Dass aber nach  
18 Geschäftsschluss von kleinen Ausnahmen (z. B. Havelstraße) abgesehen die  
19 „Bürgersteige hochgeklappt“ werden, muss nicht sein.

20 Die Bürgerinnen und Bürger sollen in die bezirklichen Planungen früh einbezogen  
21 werden, die Beteiligung muss weit über das notwendige rechtliche Minimum  
22 hinausgehen. Kommunikation ist alles, um den Verdacht auf Hinterzimmergemauschel  
23 gar nicht erst entstehen zu lassen. „Netzwerken“ ist gut und wichtig, solange  
24 das transparent und nachvollziehbar geschieht und niemand davon ausgeschlossen  
25 wird.

26 Spandau ist nicht nur ein Bezirk Berlins, sondern auch ein wichtiges Zentrum für  
27 das Havelland. Wir brauchen eine Stärkung des Standortes als Brücke zwischen dem  
28 Umland und dem Berliner Zentrum. Wir setzen uns dafür ein, dass die Entwicklung  
29 mit Brandenburg und dem Havelland in Zukunft stärker abgestimmt wird.

30 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 31 • Fordert die schnellstmögliche Schließung des Flughafen Tegels
- 32 • Will, dass aus der Ruine des ehemaligen Postgeländes ein Projekt  
33 entwickelt wird, das der attraktiven zentralen, verkehrsgünstigen Lage am  
34 Wasser gerecht wird
- 35 • Mahnt die Entwicklung eines Verkehrskonzeptes für den Altstädter Ring und  
36 den Falkenseer Platz zur Anpassung an moderne städtebauliche Konzepte an
- 37 • dringt auf Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der Wasserstadt
- 38 • Hält die grundlegende Sanierung verseuchter Industrieflächen und  
39 aufgelassener Deponien in Spandau für längst überfällig
- 40 • Benötigt keine weitere Standorte für Einzelhandelsgroßmärkte und  
41 Baumärkte, sondern möchte den Einzelhandel in den Wohngebieten stärken und  
42 wünscht sich die Fertigstellung und öffentliche Erörterung des  
43 angekündigten, bezirklichen Einzelhandelskonzeptes
- 44 • Vermisst bezirkliche Strategien und Ideen für das Zusammenleben von  
45 Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen, Nationalitäten und Religionen
- 46 • Wünscht sich, dass weitere Flächen in den Grünanlagen geschaffen werden,  
47 in denen sich die Natur ungestört entfalten kann
- 48 • Sieht keine Alternative zum bedingungslosen Erhalt und Sicherung der noch  
49 verbliebenen Freiflächen in den Bereichen Kladow, Tiefwerder, Staakener  
50 Felder, Gatow, Eiskeller usw.
- 51 • Drängt auf eine dauerhafte planungsrechtliche Absicherung aller  
52 Kleingärten und deren Einbindung in das Grünflächenkonzept
- 53 • Fände es eine gute Idee, wenn ein Konzept „essbarer Bezirk“ entwickelt  
54 würde, welches eine ökologische Bewirtschaftung auf öffentlichen  
55 Freiflächen sicherstellt
- 56 • Begrüßt es, dass die Altstadt Spandau in das Berliner Förderprogramm  
57 „Städtebaulicher Denkmalschutz“ aufgenommen wurde

## W15 W15 - Verkehr und urbane Mobilität

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Wir stehen für den konsequenten ökologischen Umbau des Verkehrssektors. Lärm,  
2 Fein-staubbelastung, sommerliches Ozon und Smog, aber auch die Gefahr, im  
3 Straßenverkehr zu Schaden oder gar ums Leben zu kommen, werden hauptsächlich  
4 durch den motorisierten Verkehr verursacht, der 2015 für 95% aller  
5 Verkehrsunfälle in Berlin verantwortlich war. 17.800 Personen wurden dabei  
6 verletzt, davon über 2.000 schwer. Und 48 Menschen verloren ihr Leben, darunter  
7 waren 29 zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs. 80 bis 90 Prozent der öffentlichen  
8 Verkehrsinfrastruktur ist für Autos reserviert. Der motorisierte  
9 Individualverkehr (MIV) verursacht erhebliche Kosten, schadet Umwelt und  
10 Gesundheit und beeinträchtigt die Lebensqualität ganz erheblich.

11 Wir müssen unsere Verkehrspolitik kontinuierlich weiterentwickeln und so  
12 auslegen, dass sie den Bedürfnissen des Menschen gerecht wird. Wir brauchen ein  
13 neues Verständnis von öffentlichem Raum. Wir wollen Lebensräume für den Menschen  
14 zurückgewinnen. Für Spandau heißt dies: Vorfahrt für Fußgänger, Radfahrer und  
15 den ÖPNV! In einer Stadt, in der rund die Hälfte der Haushalte kein Auto  
16 besitzt, dafür aber mehr als 75% der Haushalte ein Fahrrad, kommt dem  
17 öffentlichen Nahverkehr und der Förderung des Radverkehrs eine besondere Rolle  
18 zu. Nur durch ein attraktives Angebot können mehr Menschen davon überzeugt  
19 werden, auf Alternativen zum privaten Auto umzusteigen. Dieses Angebot wird  
20 naturgemäß aus zahlreichen Einzelmaßnahmen bestehen:

### 21 1. Fußgänger- und Radverkehr

- 22 • Fußgänger- und radfahrerfreundliche Ampelschaltungen. Dazu kann auch  
23 „Rundum-Grün“ für Fußgänger an zentralen Spandauer Kreuzungen geprüft  
24 werden: die Fußgänger erhalten alle gleichzeitig Grün, die Kreuzung kann  
25 so auch diagonal überquert werden. Das kann sowohl für Fußgänger, als auch  
26 für Autofahrer von Vorteil sein
- 27 • Mehr Zebrastreifen, die ein sicheres Queren ermöglichen
- 28 • In ausgewählten Gebieten Begegnungszonen schaffen, in denen sich alle  
29 Verkehrsteilnehmer\*innen gleichberechtigt und rücksichtsvoll bewegen.  
30 Menschen sollen nicht als Randphänomen auf engen Gehwegen, sondern als  
31 Mittelpunkt der Verkehrsplanung definiert werden. Voraussetzung dafür ist  
32 eine breite Akzeptanz der Anwohner, ohne die solche Maßnahmen sinnlos  
33 sind. Begegnungszonen sind in Berlin kein Neuland, wir müssen nicht jeden  
34 Fehler nochmal machen
- 35 • Tempo-30-Zonen müssen nicht nur eingerichtet, sondern auch überwacht  
36 werden – vor allem im Bereich von Schulen, Kitas und Freizeiteinrichtungen
- 37 • Die Stärkung des Fahrradverkehrs und die Entwicklung eines bezirklichen  
38 Fahrradrouthenkonzepts. In diesem Zusammenhang werden wir uns auch auf  
39 Senatsebene für eine Anbindung Spandaus an das Berliner Fahrradstraßennetz

40 stark machen, so dass Pendler\*innen auch mit dem Fahrrad oder dem E-Bike  
41 zügig ins Zentrum fahren können

- 42 • Schadhafte Radwege müssen schnell und mit hoher Priorität saniert werden
- 43 • Gerade die Kombination von Rad und ÖPNV schafft einen ständig wachsenden  
44 Bedarf an (überdachten) Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, vor allem an  
45 S- und U-Bahnhöfen. Insbesondere die Situation rund um den Bahnhof Spandau  
46 ist stark verbesserungswürdig, ein schlüssiges Gesamtkonzept  
47 „Fahrradparken“, das auch die Prüfung der Errichtung eines  
48 Fahrradparkhauses als Modellprojekt im Rahmen der Radverkehrsstrategie des  
49 Senats beinhaltet, muss erarbeitet werden
- 50 • Der Bahnhofsvorplatz soll autofrei werden

## 51 2. Öffentlicher Personennahverkehr

- 52 • S-Bahn oder Regio? Die Anbindung des östlichen Havellandes an die  
53 Metropolregion Berlin sorgt seit Langem für Diskussionen zwischen Berlin  
54 und Brandenburg, ohne dass nennenswerte Fortschritte erzielt werden  
55 konnten. Als Spandauer Grüne verfolgen wir das wichtige Ziel, den  
56 motorisierten Durchgangsverkehr durch Spandau deutlich zu reduzieren. Mit  
57 dem Brandenburger Umland teilen wir überdies das gemeinsame Interesse,  
58 dass Pendler\*innen morgens schnell mit der Bahn durch Spandau in die  
59 Innenstadtbezirke gelangen können - ohne am Bahnhof Spandau umsteigen zu  
60 müssen. Gleichzeitig gilt es, eine bequeme und leistungsfähige Anbindung  
61 Spandaus an die Innenstadtbezirke zu gewährleisten und auszubauen, denn an  
62 überfüllten Regionalbahnen hat niemand ein Interesse - weder in Berlin  
63 noch in Brandenburg. Wir Spandauer Grüne werden uns daher in den kommenden  
64 fünf Jahren für den Ausbau des Schienenverkehrs im Bereich des  
65 Regionalbahnverkehrs und im Besonderen der S-Bahn in Richtung Nauen  
66 einsetzen. Wir fordern eine zeitnahe Lösung unter Beteiligung der  
67 Bürgerinnen und Bürger in Berlin und Brandenburg
- 68 • Durch Spandau muss wieder die Straßenbahn fahren. Nur sie schafft es, den  
69 Busverkehr zu entlasten und wichtige Verkehrsachsen wirtschaftlicher zu  
70 bedienen. Das funktioniert nur, wenn alle Akteure einbezogen werden,  
71 ausgehend von den bestehenden Initiativen und Fahrgastverbänden, aber vor  
72 allem auch den späteren Nutzern
- 73 • Mit der Wiederinbetriebnahme der Straßenbahn sollten städtebauliche und  
74 verkehrsberuhigende Maßnahmen einhergehen. Dazu gehört das vermehrte  
75 Anlegen von Busspuren und Vorrangschaltungen an Ampeln für Bus und  
76 Straßenbahn
- 77 • Die Einsatzzeiten der Kladower Fähre sollten erhöht und die Taktzeiten  
78 verkürzt werden
- 79 • Saubere Schifffahrt. Wir fordern Rußfilter, auch für „Bestandsschiffe“, um  
80 die Schadstoffemissionen zu verringern (u. a. Feinstaub). Mittelfristig  
81 wird die Schifffahrt nur mit dem Umstieg auf ökologisch sinnvolle  
82 Antriebsmethoden (solargestützt, Gas) eine Zukunft haben. Die Havel grenzt

83 direkt an die Innenstadt an. Dass sich anliegende Schiffe nicht von Land  
84 aus mit Strom versorgen, muss unterbunden werden

- 85 • bestehende Buslinien müssen beschleunigt werden

### 86 3. Kombination der Verkehrsträger

- 87 • Wichtiger Bestandteil eines ökologischen, bewohner- und nutzerfreundlichen  
88 Verkehrskonzepts ist die sinnvolle Verknüpfung aller Verkehrsmittel.  
89 Dezentrale, einfach und auf kurzem Weg erreichbare Parkplätze für  
90 Carsharing-Autos machen es attraktiv, auf ein eigenes Auto zu verzichten

91 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 92 • Wünscht sich mehr Lebensqualität im öffentlichen Raum.
- 93 • Will den Fahrradverkehr und den ÖPNV stärken
- 94 • Hält es für unerlässlich, dass schädliche Abgase wie CO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub> und  
95 Feinstaub effektiv reduziert werden
- 96 • Toleriert es nicht, dass jedes Jahr viele tausend Menschen im Verkehr zu  
97 Schaden kommen und fordert mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer

## W16 W16 - Wohnen, Bauen, Miete

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

- 1 Wohnung und Arbeit gehören zu den Grundbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger,  
2 das Schaffen der Voraussetzungen für die notwendige Infrastruktur zu den  
3 Kernaufgaben der Politik. Für die Wohnungspolitik werden die kommenden Familien,  
4 Studenten, Flüchtlinge, die keinen Platz mehr in der immer voller werdenden  
5 Innenstadt finden, eine der größten Herausforderungen sein. Die zu erwartende,  
6 hohe Nachfrage innerhalb kurzer Zeit in Einklang zu bringen mit nachhaltiger,  
7 energetischer Sanierung fordert den Einsatz aller zur Verfügung stehenden  
8 Ressourcen und vor allem der rechtzeitigen, vorurteilsfreien und offenen  
9 Kommunikation mit den Anwohnern.
- 10 Auch wenn das im Einzelfall teurer oder aufwändiger scheinen mag - die  
11 wesentlichsten Bautätigkeiten im Bezirk müssen sich am Leitbild des  
12 ökologischen, barrierefreien und zukunftsorientierten Stadtumbaus orientieren.
- 13 Die Summe der Einzelmaßnahmen macht das Gelingen des Ganzen aus:
- 14 • Planung von Geschosswohnungsneubau für alle Teile der Bevölkerung durch  
15 Einsatz unterschiedlicher Förder- und Gestaltungsmittel; keinen zu dichten  
16 Massenwohnungsbau, sondern überschaubare, attraktive Einheiten
  - 17 • Schließen von Baulücken, soweit dies ökologisch und städtebaulich  
18 vertretbar ist
  - 19 • Schutz und Erhalt denkmalwerter und denkmalgeschützter Gebäude als Chance  
20 für die Entwicklung des Ortes. Dazu zählen nicht nur der historische

- 21 Stadtkern, sondern gerade auch die Zeugnisse der älteren Militär- und  
22 Industriegeschichte
- 23 • Konsequente Umsetzung der Leitlinien für den behindertengerechten Ausbau  
24 der Stadt, dies muss Schulungen von Mitarbeiter/innen aller Ämter  
25 einschließen
  - 26 • Instandhaltung vorhandener Kinderspielplätze und Schaffung von  
27 Spielflächen, auf denen sich Kinder frei entfalten können als konsequente  
28 Umsetzung des Kinderspielplatzgesetzes
  - 29 • Verbesserung des Wohnumfeldes durch kommunikationsfördernde Maßnahmen•  
30 Entsiegelung von Bodenflächen zum Schutz der Grundwasserreserven (bessere  
31 Versickerung)
  - 32 • Konsequente Überwachung der Wiederverrieselung bei Grundwasserabsenkungen  
33 im Zuge von Baumaßnahmen
  - 34 • Anlage von Sickerschächten und Teichen zur Rückführung des  
35 Niederschlagswassers und unbelasteter Industrie- und sonstiger Kühlwässer
  - 36 • Verlagerung der Verantwortlichkeiten für das Quartiersmanagement in den  
37 Bezirk und Bereitstellung der Fördermittel für bestehende Netzwerke
  - 38 • Die Förderung energetischer Sanierungen, die sich für die Mieter und  
39 Vermieter lohnen
  - 40 • Bedarfsgerechter Milieuschutz und gerechte Mieten in den Kiezen ausbauen,  
41 um die soziale Mischung zu erhalten

42 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 43 • Bevorzugt nachhaltige, ökologisch orientierte Sanierungsmaßnahmen, die  
44 sich im Einklang mit sozialer Ausgewogenheit befinden
- 45 • Fühlt sich wohl in einem lebens- und lebenswerten Wohnumfeld und trägt  
46 alles zu dessen Instandhaltung bei
- 47 • Will die soziale Mischung in den Kiezen erhalten

## W17 W17 - Wirtschaft

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

- 1 Über 7.000 Betriebe beschäftigen in Spandau knapp 60.000 Menschen und bieten  
2 damit 2/3 der insgesamt 90.000 Erwerbstätigen Arbeit und Einkommen. Bei über  
3 220.000 Einwohnern bietet Spandau, obwohl DER Berliner Industriebezirk, nicht  
4 mal 40% der Bevölkerung Arbeit und liegt damit zusammen mit Reinickendorf ganz  
5 hinten im Berliner Vergleich. Oberstes Ziel grüner Wirtschaftspolitik muss es  
6 deshalb sein, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in den  
7 unterschiedlichsten Bereichen zu schaffen.
- 8 Industrieunternehmen spielen für den Wirtschaftsstandort Spandau nach wie vor  
9 eine entscheidende Rolle, aber längst zählen auch Betriebe aus dem Sozial- und  
10 Gesundheitsbereich neben der Verwaltung zu den größten Arbeitgebern.
- 11 Die De-Industrialisierung und die Altersstruktur (Spandau ist vor allem ein  
12 junger Bezirk) mögen hier eine Rolle spielen, aber sicherlich auch Versäumnisse  
13 in der Vergangenheit, optimale Bedingungen vor allem für die Ansiedlung von  
14 kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geschaffen zu haben.
- 15 Bezirkliche Wirtschaftspolitik muss diesem Strukturwandel Rechnung tragen,  
16 gezielt ressourcenschonendes, wirtschaftliches Handeln fördern und  
17 Rahmenbedingungen schaffen, in deren Zentrum die Bedürfnisse der Unternehmen,  
18 der Beschäftigten und vor allem auch der Bürgerinnen und Bürger stehen.
- 19 „Wirtschaftsförderung“ wird heute teils privat, teils öffentlich, teils gemischt  
20 angeboten. Sofern ein Betrieb danach fragt. Klare Verantwortlichkeiten würden es  
21 vor allem neuen Betrieben erleichtern, im Wirtschaftsraum Spandau Fuß zu fassen.  
22 Eine „aufsuchende Wirtschaftsförderung“ fördert den Dialog zwischen Verwaltung  
23 und Unternehmen und stärkt die Bindung an den Bezirk, schafft damit für  
24 Unternehmen und deren Beschäftigten optimale Bedingungen. Das ist sowohl für  
25 bestehende, wichtige Unternehmen als auch und gerade für Neugründungen wichtig.
- 26 Teils langjähriger Ladenleerstand, selbst in Zentrumslage, sind kein Zeichen  
27 „gesunder“ Einzelhandelsstruktur. Daran wird auch das seit 2012 in Entwicklung  
28 befindliche Einzelhandelskonzept, welches jetzt, 4 Jahre nach der Datenerhebung,  
29 vorgestellt wurde, leider nicht viel ändern können.
- 30 Tourismus, „sanfter“ dazu, ist in Spandau eine ganz zarte Pflanze, die es zu  
31 hegen und zu pflegen gilt, wobei die Voraussetzungen richtig gut sind: Einmalig  
32 die Wasserlage mit direktem Zugang zur notwendigen Infrastruktur, kurzer Weg zum  
33 Olympiastadion, der Spandauer Forst als eines der großen zusammenhängenden  
34 Waldgebiete in Berlin, die Zitadelle, die in weiten Teilen der Welt bekannter  
35 sein dürfte als der Ort drum rum – all das kann Türöffner für Touristen, die  
36 einen Berlin-Besuch nicht primär zum „Party-machen“ nutzen.

37 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 38 • Möchte, dass gezielt kleine und mittlere Unternehmen (KMU) gefördert  
39 werden
- 40 • Wünscht, dass die bezirkliche, staatliche Wirtschaftsförderung ausgebaut  
41 wird, um Unternehmensneugründungen (Startups) „aufsuchend“ begleiten zu  
42 können
- 43 • Steht auf „sanften Tourismus“, der die Wasserlage und die Lage am  
44 Fernradwanderweg Berlin-Kopenhagen berücksichtigt und wünscht dank  
45 optimaler Voraussetzungen dessen Weiterentwicklung
- 46 • Begrüßt notwendige Infrastrukturmaßnahmen für die Entwicklung neuer  
47 Technologien, z. B. E-Mobilität (Land, Luft und Wasser) und Industrie 4.0
- 48 • Will, dass Spandau die Chancen nach der Schließung von TXL nutzt, das  
49 ehemalige industrielle Zentrum Siemensstadt neu zu beleben, z. B. in Form  
50 eines bezirklichen Gründerzentrums
- 51 • Sieht, dass der höhere Gewerbesteuersatz in Berlin einen klaren  
52 Wettbewerbsnachteil gegenüber den Gemeinden im Umland darstellt und  
53 möchte, dass dieser Nachteil wenigstens indirekt mit bezirklichen  
54 Maßnahmen ausgeglichen wird

## W18 W18 - Verlässliche Verwaltung - zukunftsfeste Finanzen

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Verlässliche Verwaltung benötigt verlässliche Finanzierung. Spandau benötigt  
2 ausreichende Mittel für Ausbau und Erhalt von Schulen und Kitas, bezahlbaren  
3 Wohnungen, Seniorenfreizeiteinrichtungen, Spielplätzen, Jugendeinrichtungen,  
4 Spielstraßen und Fahrradwege, Parks, Sport- und Freizeitanlagen.

5 Zeitlich befristete Sonderprogramme sind keine Lösung für diese Daueraufgaben.  
6 Wenn immer möglich muss Regelfinanzierung den Vorzug vor Notprogrammen haben.

7 Das gilt gerade und vor allem auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die  
8 den Kern der Verwaltung ausmachen. Vorausschauende Personalentwicklung und eine  
9 attraktive Arbeitsumgebung sind allemal besser als „Löcher zu stopfen“.

10 Ja, Spandau ist seit 2012 schuldenfrei, dank der Kosteneinsparung bei den  
11 „Hilfen zur Erziehung“ und dem Verzicht auf Investitionen – wie 2012 stolz  
12 verkündet wurde. Nachhaltigkeit ist was anderes, wichtig, dass hier umgesteuert  
13 wird.

14 Die chaotische Situation in den Bürgerämtern - was nutzt eine Online-  
15 Terminvereinbarung, wenn es nie freie Termine gibt - dient nicht nur  
16 Kabarettisten als Steilvorlage, sondern führt zu hohem Leidensdruck unter den  
17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Nur eine ausreichende,  
18 personelle Ausstattung der Bürgerämter, ein Arbeitsklima, das Lust auf Arbeit  
19 macht, die Öffnung weiterer Standorte, eine stärkere Digitalisierung der  
20 Verwaltung (z. B. sichere Übertragung von E-Mails) und die Nutzung aller  
21 Kapazitäten kann hier zu wirklichen Verbesserungen führen.

22 Bürgerhaushalt ist eine feine Sache, nur müssen die Bürgerinnen und Bürger auch  
23 darum wissen, erst eine offensive Kommunikation gibt der Bürgerbeteiligung  
24 entsprechenden Raum.

25 Was ohne Kollaps gar nicht gehen kann: Einerseits durch Landesvorgabe die  
26 finanziellen Mittel beschneiden und andererseits zusätzliche Landesaufgaben an  
27 die Bezirke delegieren. Nicht mit uns, zusätzliche Aufgaben nur dann, wenn  
28 gleichzeitig die personelle und finanzielle Ausstattung sichergestellt ist.

29 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 30 • Steht zum Konzept „Bürgerhaushalt“ und dessen Umsetzung
- 31 • Fordert die Bereitstellung ausreichender Ressourcen für eine verlässliche  
32 Verwaltung
- 33 • Wünscht eine stärkere „Digitalisierung“ der Verwaltung, damit möglichst  
34 viel über das Netz erledigt werden kann, auf möglichst sicherem Weg

## W19 W19 - Netzpolitik

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Wir GRÜNE stehen für Datenschutz und eine offene Gesellschaft, stellen uns aber  
2 gegen einen Überwachungsstaat. Gläserne Verbraucher sind kein Ziel grüner  
3 Politik. Deshalb wenden wir uns gegen die Datensammelwut vieler Unternehmen und  
4 staatlicher Stellen, aber auch im Privatbereich.

5 Richtiger Umgang mit Daten muss schon in der Schule gelehrt werden, regelmäßige  
6 Fortbildungen der Lehrkräfte schaffen die notwendigen Voraussetzungen. Offene  
7 Infoveranstaltungen sollen vermitteln, wie die Bürgerinnen und Bürger ihre Daten  
8 schützen können. Die Kenntnis, wie Privatsphäre durch Verschlüsselung von E-  
9 Mails gewahrt werden kann, darf nicht nur Sache von Spezialisten sein. Wir  
10 wollen, dass der Bezirk seine Verantwortung gegenüber seinen Bürgerinnen und  
11 Bürgern wahrnimmt und werden uns selber aktiv an der Verbreitung von  
12 Verschlüsselungstechniken beteiligen. Neben der Bereitstellung von weiteren  
13 Online-Services der Bezirksverwaltung muss endlich auch die Möglichkeit  
14 verschlüsselter E-Mail-Kommunikation geschaffen werden, diese Peinlichkeit muss  
15 ein Ende haben, mit der E-Mails aus der Bezirksverwaltung garniert werden:  
16 „Hinweis: Verschlüsselte E-Mails können aus technischen Gründen nicht bearbeitet  
17 werden“. Das Internet ist längst ein wichtiger Faktor im täglichen Leben. Neben  
18 der erforderlichen Netzwerk-Infrastruktur (Glasfaser) muss die Verfügbarkeit von  
19 freiem WLAN in möglichst großen Bereichen des Bezirks nach Jahren fruchtloser  
20 Diskussionen endlich realisiert werden.

21 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 22 • Steht ein für Datenschutz und eine offene Gesellschaft
- 23 • Fördert die Verbreitung von Verschlüsselungstechnik, wo immer das möglich  
24 ist
- 25 • Hält die Möglichkeit eines freien Internetzugriffs (WLAN) für einen Teil  
26 öffentlicher Basisversorgung

## W20 W20 - Kultur und Erinnerung

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Kultur ist das Bindeglied, der Schmierstoff eines Gemeinwesens. Aufgabe der  
2 bezirklichen Kulturpolitik muss sein, die Vielfalt zu wahren und sich nicht auf  
3 eine einseitige Förderung etablierter Einrichtungen zu begrenzen. Gerade im  
4 Neuen entstehen die Impulse, die für eine Weiterentwicklung notwendig sind.

5 Wir wollen die Kulturlandschaft Spandaus weiter ausbauen, die entsprechenden  
6 Netzwerke und Einrichtungen unterstützen, die Angebote in allen Spandauer  
7 Ortsteilen bekannter machen und weiter fördern. Natürlich fordert niemand ein  
8 Dreispartentheater in Spandau. Aber es gibt genügend lokale Strukturen, die  
9 förderungswürdig sind und dauerhaft unseren Bezirk bereichern könnten. Hilfreich  
10 dabei wäre die Einrichtung eines „Beirats für Kultur“, der ohne Einfluss des  
11 Bezirksamts agieren kann und allen Kulturschaffenden, aber auch denjenigen, die  
12 „Kulturdienstleistung“ nachfragen, mit Rat und Tat, Fördertipps und den  
13 „richtigen“ Adressen und Kontakten zur Verfügung steht.

14 Größtmögliche Transparenz bei Fördermitteln hilft, eine größtmögliche  
15 Gerechtigkeit bei der Vergabe sicherzustellen. Gerade lokale Kulturstrukturen  
16 sind davon abhängig, dass zum richtigen Zeitpunkt entsprechende Hilfe  
17 bereitgestellt wird, die durchaus auch aus einem „goldenen Tipp“ bestehen kann.

18 Gerade in Zeiten zunehmender Fremdenfeindlichkeit ist es wichtig, schon in der  
19 Schule andere Kulturen kennenzulernen. Wir wollen die Spandauer  
20 Städtepartnerschaften weiterhin aktiv mit Leben füllen und setzen uns dafür ein,  
21 dass auch zukünftig möglichst viele Schulen Schüleraustauschprogramme anbieten  
22 können.

23 Aber Kultur ist auch Erinnerungskultur, historisch bedeutsame Gebäude benötigen  
24 unseren Schutz ebenso wie die Hinweistafeln an historisch wichtigen Orten, die  
25 allen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Besuchern unseres Bezirks wichtige  
26 Informationen zur neuen und alten Geschichte Spandaus liefern.

27 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 28 • Will kulturelle Aktivitäten im Bezirk fördern
- 29 • Unterstützt lokale Kulturstrukturen
- 30 • Freut sich über den Ausbau der Zitadelle zu einem bedeutenden  
31 Museumsstandort

## W21 W21 - Sport

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

1 Spandau bietet eigentlich hervorragende Möglichkeiten für sportliche  
2 Betätigungen, sowohl in einem der zahlreichen Sportvereine als auch individuell  
3 in den Grünanlagen und Wäldern. Entgegen dem Berliner Trend zur  
4 Vereinsmitgliedschaft ist die Zahl der in Vereinen organisierten  
5 Sportler\*innen in Spandau aber konstant geblieben. Hier sehen wir noch viel  
6 potential.

7 Wer in Spandau GRÜN wählt:

- 8 • Findet es wichtig, dass neben dem Leistungs- auch der Breitensport in  
9 einem ausgewogenen Verhältnis gefördert wird
- 10 • Begrüßt es, dass sich auch nicht vereinsgebundene Menschen wohnartnah auf  
11 geeigneten Plätzen sportlich betätigen können
- 12 • Sieht neben den klassischen Sportangeboten auch den Bedarf nach  
13 spezielleren Angeboten für Jugendliche, wie z.B. Skateboardanlagen,  
14 Tischtennisplatten und ähnliches
- 15 • Setzt sich dafür ein, dass die Spandauer Schwimmbäder langfristig bestehen  
16 bleiben